

tswana (50 Prozent der Stromversorgung aus Südafrika), Swasiland (80 Prozent) und in Mosambiks Hauptstadt Maputo gingen die Lichter aus, wenn es Pretoria in den Sinn käme.

Kein Wunder, daß Schwarzafrika bereits vorgeschlagen hat, einen milliardenschweren Marshallplan für das südliche Afrika aufzustellen, falls Sanktionen kommen.

Derzeit unternimmt der Westen einen weiteren Versuch, dem leidigen Thema auszuweichen, das im August auf einer Commonwealth-Konferenz und etwas später auch bei der EG wieder auf dem Programm steht.

Englands Außenminister Geoffrey Howe flog vorige Woche zu Gesprächen nach Sambia, Simbabwe und Mosambik – blitzte aber ab mit seinem Ansinnen, die schwarzen Anrainerstaaten sollten ihr Verlangen nach westlichen Sanktionen zurückstellen.

Ende des Monats will sich der Brite auf „den Friedhof diplomatischer Bemühungen“, wie Londons „Times“ schrieb, wagen: Am 23. und 29. Juli trifft er in Pretoria den Staatschef Botha.

JAPAN

Reifer Reis

Er bescherte seiner Partei einen Riesensieg – weil er anders ist als die anderen Parteileute: Yasuhiro Nakasone.

Es war die Stimme des Himmels, die Stimme der Götter“, frohlockte Regierungschef Yasuhiro Nakasone, als die Wahlergebnisse einliefen. Und zumindest ihm konnte es so vorkommen, als habe er mit seinem „historischen Sieg“ neben dem Mandat des Volkes diesmal auch das Mandat des Himmels erhalten:

Entgegen allen Vorhersagen regnete es am Wahltag nicht, entgegen allen Prognosen errang Nakasones Liberal-Demokratische Partei mit 304 von 512 Sitzen eine beispiellose absolute Mehrheit im Unterhaus.

Und entgegen allen Vorhersagen ging Nakasone aus diesen Wahlen als einer der populärsten und mächtigsten Politiker Japans seit Kriegsende hervor. Er verbesserte damit seine Chancen für eine dritte Amtszeit als Regierungschef, entgegen der Satzung seiner Partei.

Nakasone verdankt seinen Wahlsieg zum Teil der großen Oppositionspartei, den Sozialisten, die alt wie eh und je und noch dazu konservativer als die Konservativen selbst wirkten.

Vor allem aber verdankt er den Wahlsieg sich selbst – dem Image, das er sich in den vergangenen dreieinhalb Jahren seiner Amtszeit zu geben verstand.

Er hat sich als kühler, entschlossener, starker und dennoch verständnisvoller Politiker erwiesen – Symbol eines neuen Japan, das sich für seine Vergangenheit



Premier Nakasone (2. v. r.), Gäste: „Japanische Seele mit westlicher Technik“

nicht mehr zu entschuldigen braucht und den Großmächten ein durchaus ebenbürtiger Partner ist.

Im Gegensatz zu anderen japanischen Politikern äußert sich Nakasone in knappen Worten, die für den Mann auf der Straße verständlich und aufrichtig klingen. Wenn er mit führenden westlichen Politikern zusammentrifft, ist er nicht klein, wortkarg und verlegen wie die meisten seiner Vorgänger, sondern groß, gelassen und gewandt.

Anders als seine Kollegen hat er kein Pokergesicht. Er zeigt seine Gefühle und äußert offen seine Vorstellungen.

Zwar wurde er „Kazamidori“ – Wetterhahn – genannt, weil er in landesüblicher Art seine Positionen oft änderte. Doch an gewissen Grundsätzen hat er stets festgehalten, seit er am Ende des Zweiten Weltkriegs die Kaiserliche Marine verließ und sich als antikommunistischer, ultranationalistischer Politiker im öffentlichen Leben profilierte.

Auf einem weißen Fahrrad bereiste er seinen Wahlkreis, er versprach den Wählern, „Japan von allen Kommunisten zu befreien“ und machte aus seinen politischen Endzielen nie ein Geheimnis: die „Verzerrungen“ zu beseitigen, welche Kriegsniederlage und amerikanische Besatzung hinterlassen hatten, und Japan wieder zu einer „erstklassigen Weltmacht“ zu machen.

Das hören zwar viele Japaner gern, doch wenige wagten je es auszusprechen. Einer dieser Bekenner war Yukio Mishima, jener Schriftsteller, der sich 1970 in ein Samurai-Schwert stürzte, um die jüngere Generation an japanische Traditionen zu erinnern und sie gegen die kulturelle Kolonialisierung Japans durch die Amerikaner zu mobilisieren.

* Beim Weltwirtschaftsgipfel Anfang Mai in Tokio.

Mishima war ein enger Freund Nakasones. Wie Mishima möchte auch Nakasone den „Yamato Damashii“, den Geist Japans, neu beleben. Er möchte das Vorkriegsethos neu begründen, das von den Japanern verlangte, ihre persönlichen Rechte den Pflichten gegenüber der Nation unterzuordnen. Überdies möchte er die Spuren der japanischen Niederlage beseitigen und die Japaner von allen Schuldcomplexen befreien, die sie wegen des Kriegs noch haben könnten.

Seine Suche nach einem neuen Identitätsgefühl wird von den meisten Japanern geteilt und geschätzt. Ein Leitartikler der Tageszeitung „Sankei Shinbun“ schrieb denn auch: „Nakasones Wahlsieg ist Ausdruck der geheimen Sehnsucht des Volkes, das Ansehen der Nation zu heben.“

Im Gegensatz zu seinen Hauptivalen in der Partei – Außenminister Shintaro Abe, Finanzminister Noboru Takeshita und dem Parteigeschäftsführer Kiichi Miyazawa, nach den Worten eines japanischen Journalisten allesamt „klassische Politiker ohne Charisma“ – hat Nakasone sein Image als „Samurai des modernen Zeitalters“ sorgsam gepflegt.

Er präsentierte sich als „Wakonyosai“, als „japanische Seele mit westlicher Technik“, als ein Mann mithin, der in den Werten und Moralvorstellungen des alten Japan verwurzelt ist, aber gleichzeitig mit der Zeit geht.

Das erklärt auch, warum er darauf bedacht ist, sich hin und wieder in traditioneller japanischer Kleidung fotografieren zu lassen und sich einmal in der Woche zur Meditation in einen Zen-Tempel zu begeben.

Fast revolutionär ist, wie er mit dem bislang allmächtigen Parteiapparat umgeht. Im Gegensatz zu den klassischen konservativen Politikern, die sich nur

nach erreichtem Konsens mit ihren Kollegen auf eine bestimmte Politik festlegen, treibt Nakasone seine Pläne voran, selbst wenn er weiß, daß die anderen Parteiführer dagegen sind.

Die meisten Ideen und Vorstellungen läßt Nakasone von einem eigenen Brain-truster entwickeln. Führende Parteimitglieder monieren oft, daß sie erstmals im Fernsehen davon erfahren.

Indem er den politischen Entscheidungsprozeß aus dem bislang üblichen Gemauschel zwischen Politikern, Industriellen und Bürokraten herauslöste, mobilisierte er die Unterstützung des Volkes gegen den Parteiapparat und brachte diesen damit gegen sich auf.

Die Liberal-Demokratische Partei Japans ist weniger eine Partei als eine Koalition aus fünf Parteien, Fraktionen genannt, die sich einer konservativen Philosophie verschrieben haben, aber durch Personen- und Interessengegensätze tief gespalten sind. Um zu verhindern, daß der Führer einer Fraktion die ganze Koalition beherrscht, bestimmt die Parteisatzung, daß der Vorsitzende nur für zwei Jahre und danach nur einmal wiedergewählt werden kann.

Als Nakasone 1982 Parteivorsitzender wurde und somit das Amt des Ministerpräsidenten übernahm, war seine Fraktion eine der kleinsten, er selbst wurde nicht für stark gehalten.

Obwohl die Nakasone-Fraktion nach der Zahl der Parlamentssitze noch immer nur an vierter Stelle steht, haben sich die Machtverhältnisse so entscheidend geändert, daß mit Übertritten aus den anderen Fraktionen zu rechnen ist. So dürfte es für den Apparat schwer sein, „jetzt einen Mann in den Ruhestand zu schicken, der eindeutig das Mandat des Volkes besitzt. Die Wähler würden sich betrogen fühlen“, erklärte ein Nakasone-Anhänger.

Sollte Nakasone im Oktober trotz seines Erfolges abtreten müssen, wird er in der ihm verbleibenden Zeit Japans Beteiligung am SDI-Programm bekanntgeben und dem Parlament wahrscheinlich ein Spionageabwehr-Gesetz vorlegen, in dem die Linke ein Instrument zum Abbau persönlicher Freiheiten sieht.

Sollte Nakasone jedoch eine dritte Amtszeit zugestanden werden, muß Japan mit einer Erhöhung der Verteidigungsausgaben rechnen, ebenso mit der Aufhebung der Regierungsdoktrin, nach der für das Militär nicht mehr als ein Prozent des Bruttosozialprodukts aufgewendet werden soll.

Parteigenossen und Leitartikler scheinen besorgt, daß der jüngste Sieg den Regierungschef überheblich machen könnte. Sie fordern ihn daher zur Bescheidenheit auf.

Die Nachrichtenagentur Kyodo warnte bereits: „Wenn der Reis jung ist, steht er wie ein Bambusrohr; wenn er reif ist, neigt sich der Kopf.“

ADMIRAL RICKOVER †

Der Welt, die er letzte Woche, 86 Jahre alt, verlassen mußte, gab er wenig Chancen: „Wir werden uns wahrscheinlich selbst vernichten“, erklärte er 1982 auf dem Capitolhügel zu Washington. Doch der hartgesottene Bursche, den er stets hervorkehrte, fügte mit einem Achselzucken hinzu: „Aber was bedeutet das schon? Irgendeine andere Spezies wird entstehen. Und die ist vielleicht vernünftiger.“

Karger Trost von einem Mann, der sich bis ins Greisenalter hinein mit unübertroffenem Eifer der Atomkraft verschrieben hatte; denn über knapp vier Jahrzehnte hin dirigierte Hyman Rickover mit herrischem Eigensinn die Entwicklung der „nuclear Navy“ – einer US-Kriegsmarine, deren wichtigste Schiffe, vom Raketen-U-Boot bis zum Flugzeugträger, von Atomreaktoren angetrieben werden.

Damit gab er Anstöße auch für den Bau ziviler Atomkraftwerke. Nach dem legendären Unterwasserschiff des Jules Verne benannt, stach 1955 Rickovers „Nautilus“ als erstes Atom-U-Boot in See. 1957 nahm in Pennsylvania das erste zivile AKW der USA seinen versuchsweisen (und störungsgeplagten) Betrieb auf: Rickover steckte auch hinter diesem Projekt. Mit „Nautilus“ rückte Rickover auf einen Sonderplatz im Pantheon amerikanischer Tüchtigkeit vor.

Wie kein zweiter schien er den von Zweifeln ungetrübten Nationalgeist des „Can do“ (Machen wir) zu verkörpern. Doch der schmächtige, ruhelose, arbeitssüchtige Mann ist in Wahrheit ein widerwillig geduldeter Außenseiter gewesen – vor allem in der U. S. Navy, für die er so viel getan hat.

Wie auch anders bei diesem Querkopf, der zur Jahrhundertwende als Sohn eines Schneiders in ein jüdisches „schtetl“ in Polen hineingeboren wurde, als Kind nach Chicago kam und dem skurrilen Wunsch verfiel, in der von kastenbewußten Yankee beherrschten Sternenbanner-Marine zu dienen. Durch die Fürsprache eines Politikers bekam er zwar einen Platz an der Marineakademie Annapolis. Aber Hyman Rickover mußte erkennen, daß er nur als Ingenieur im Bauch der Schiffe, nicht oben auf der Brücke bei den Herren Seeoffizieren weiterkommen konnte.

Auch das wäre ihm mißlungen, hätte er, als es ernst wurde, nicht einflußreiche Senatoren und Abgeordnete im Kongreß als Verbündete gewonnen; denn Rickover und die von ihm überzeugten Politiker mußten den Navy-Hauptlingen das Atomprogramm geradezu aufnötigen.

Der Atom-Admiral war ein früher, begeisterter Missionar der „friedlichen“ Kernenergie, von der er sich Paradiese des Wohlstands versprach. Doch in seinen späten Jahren verdüsterte sich ihm auch diese präsumptive Sonnenseite des Atoms. Leben, meinte er, habe ja nur durch das Nachlassen der natürlichen Radioaktivität und unter dem Schutz der Erdatmosphäre entstehen können. Dauergebrauch der Kernkraft bedeute aber, „zurückzugehen“ zu den unwirtschaftlichen Zuständen vor Entstehung des Lebens. „Möglichen Schaden für kommende Generationen nicht in Betracht zu ziehen“ war für den gewandelten Rickover „eine pervertierte Denkweise“.

Noch vehementer war seine Abkehr von der atomaren Abschreckung – obwohl doch seine raketenragenden U-Boote bisher als „gute“ Waffensysteme galten, weil unverwundbar und deshalb krisenstabil. „Ich bin nicht stolz auf meine Rolle“ (bei der

Entwicklung der Raketenboote), zürnte Rickover nun sich selbst. Wenn es nach ihm ginge: „Ich würde sie alle versenken.“

Aber all dieses sagte Hyman Rickover erst, als er Anfang 1982 von Ronald Reagan in Pension geschickt wurde – 82jährig. So lange über den üblichen Zeitpunkt hinaus hatte er sich an seine Macht und Wichtigkeit im Gefüge des Schreckens geklammert. Erst als er sie verlor, verdammte er sie.

Nun erst bekannte er seine Zwiespälte und Widersprüche. Nun erst ließ er etwas wissen von den Zweifelsqualen und schmerzlich unterdrückten Vernunftregungen, an denen der gefeierte Patriot Rickover gelitten haben muß bei seinem ausdauernden Dienst für die Navy, für Atom- und Rüstungsindustrie. Doch was er dabei in die Welt gesetzt hat, ist nicht rückgängig zu machen durch seine späte, ohnmächtige Forderung: „Kernwaffen und Kernenergie – beide sollten außerhalb des Gesetzes gestellt und geächtet werden.“

